

Martin Kipp

Der Deutsche Ausschuss für technisches Schulwesen (DATSCH): Entstehung – Positionen – Wirkungen

Abstract: Der „Deutsche Ausschuss für Technisches Schulwesen“ (DATSCH) wurde im Dezember 1908 von „Verein Deutscher Ingenieure“ (VDI) und vom „Verband Deutscher Maschinenbauanstalten“ (VDMA) in Berlin gegründet, um als freie Körperschaft die Wünsche der Betriebe hinsichtlich der Ausgestaltung des gesamten technischen Ausbildungs- und Unterrichtswesens im Zusammenwirken mit den Industrieverbänden, den (beruflichen) Schulen und den zuständigen Behörden zu erörtern und zu fördern. Der DATSCH bot sich als Forum des Erfahrungsaustauschs an, entwickelte sich rasch zur zentralen ausbildungspolitischen und ausbildungspraktischen Interessenvertretung der ganzen deutschen Industrie.

Die erfolgreiche Berufsordnungsarbeit des DATSCH, seine massenhaft vertriebenen Lehrmittel und Lehrgänge, kurzum seine rührige und tonangebende Rolle bei der praktischen Regelung der „Facharbeiterfrage“ sowie seine bildungspolitisch eindeutig Position, die eine planmäßige, auf nationaler Ebene einheitliche Facharbeiterausbildung propagierte, wurde ab 1939 im „Reichsinstitut für Berufsausbildung in Handel und Gewerbe“ fortgeführt.

Die Wirksamkeit des DATSCH reicht in institutioneller Hinsicht (Förderung von Lehrwerkstätten und Betriebsberufsschulen), in methodischer Hinsicht (Entwicklung psychotechnischer Auswahlverfahren, standardisierter Lehrgänge und Lehrmittel) und in berufssystematischer Hinsicht (Entwicklung der betrieblichen „Ordnungsmittel“ Berufsbild, Ausbildungsplan und Prüfungsanforderungen) weit über die Mitte des 20. Jahrhunderts hinaus: Sowohl das „Zentralinstitut für Berufsbildung der Deutschen Demokratischen Republik“ als auch das „Bundesinstitut für Berufsbildung“ knüpften in ihrer Berufsforschungs- und Berufsordnungsarbeit und bei der Entwicklung von Lehrgängen und didaktischen Materialien an die Arbeiten des DATSCH an.

I. Entstehung des DATSCH / Programm, Praxis und Entwicklung im Überblick

1. Entstehung

In der wissenschaftlichen Literatur zur Geschichte der gewerblichen Berufserziehung und insbesondere in solchen Arbeiten, die die industrielle Facharbeiterausbildung in Deutschland behandeln, kommt der Gründung des Deutschen Ausschusses für Technisches Schulwesen (DATSCH), zurecht eine herausragende Stellung zu. Im Jahre 1908 durch den Verein deutscher Ingenieure und den Verein deutscher Maschinenbau-Anstalten gegründet, entwickelte er sich rasch, freilich unterbrochen durch den 1. Weltkrieg. Bis zu Anfang der zwanziger Jahre traten ihm fast 40 technisch-wissenschaftliche und technisch-wirtschaftliche Vereine und Verbände bei, deren Zahl sich wenig später auf etwa 50 erhöhte (DATSCH 1938, S. 73 f.) Der DATSCH wurde von Teilen der Wirtschaft gegründet als eine „freie Körperschaft mit der Aufgabe, als Zentralstelle die Wünsche der schaffenden Praxis auf Ausgestaltung und Vertiefung des gesamten technischen Ausbildungs- und Unterrichtswesens im Zusammenwirken mit der Industrie, der Schule und den zuständigen Behörden zu erörtern und zu fördern“ (DATSCH 1921, S. 79).

Rückblickend wirkt seine Gründung fast verspätet, hatte die Entwicklung des Industriegewesens doch bereits einen ersten Höhepunkt erreicht. Die hergestellte Menge an erzeugter Kohle und verarbeitetem Stahl regelte die Rangordnung im imperialen Machtgefüge Europas (GURLAND 1960). Längst waren hellsichtige Mitglieder des „Vereins für Socialpolitik“, aber auch weitsichtige Fabrikanten auf ein Strukturdefizit aufmerksam geworden, das die weitere Entwicklung der industriellen Produktionsweise zu behindern drohte. Bereits in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts waren auf den verschiedenen Weltausstellungen deutsche Produkte oft genug als von so minderwertiger Qualität klassifiziert worden,

dass sie mit dem diskriminierenden Stempel „Made in Germany“ für jedermann sichtbar gekennzeichnet wurden. Zurückgeführt wurde dies u. a. auf den im Vergleich zum englischen Arbeiter schlechten Bildungs- und Ausbildungsstand in Deutschland. Karl Bücher, der wohl klügste Kritiker deutscher Zustände wetterte 1879 gegen den „verbreiteten Schlendrian und Missbrauch der jugendlichen Arbeitskraft“: „Daß die Werkstätte heute eine stetig fortschreitende, allseitige Ausbildung nicht bietet, daß sie umfassende technische Geschicklichkeit nur noch in seltenen Ausnahmefällen erzielt und daß der einzige Gewinn, der dem Lehrling bestenfalls in Aussicht steht, die Abrichtung zu einseitiger Handfertigkeit ist, die ihn in der Verwerthung seiner Arbeitskraft beschränkt und ihn später bei der ersten Krisis arbeitslos auf das Pflaster wirft, ist eine der unerfreulichsten Folgen unseres ganzen industriellen Systems, die mit zwingender Nothwendigkeit aus dem Fortschritt der Arbeitstheilung, dem Maschinenbetrieb und der freien Concurrrenz hervorgegangen ist“ (BÜCHER 1879, S. 142).

Büchers Kritik, motiviert vom Fortschrittsgedanken der Verbesserung der sozialen Lage der Arbeitklasse, wurde auch in Wirtschaftskreisen aufmerksam rezipiert. Vor allem waren es Industrielle und Ingenieure des technischen Maschinen- und Anlagenbaus, des Schiffbaus, die Hersteller komplexer technischer Apparate wie Eisenbahnen und Dampfmaschinen, der Stahlerzeugung und -verarbeitung, die erkannten, dass deren Produktion einen völlig neuen Arbeitertypus erforderlich machte. Dieser neue Facharbeiter sollte über völlig neue Qualifikationen verfügen, die er, vom Handwerk herkommend, nicht mehr in langwierigen Anlernprozessen erwerben sollte. Dieser neue Facharbeiter sollte die Funktionsweise und Fertigungsabläufe der Maschinen verstehen; er sollte anhand von Zeichnungen komplizierte Reparaturen vornehmen und die dazu erforderlichen Teile fertigen können; er sollte Materialkenntnisse haben und so fort. Zugleich sollte er an den Rhythmus der Industrie angepasst und dabei hoch diszipliniert sein und sich mit der „Werksgemeinschaft“ identifizieren. Die alles setzte eine neue Form der Berufsausbildung voraus, die das Handwerk als bisherige Ausbildungswerkstatt der Nation nicht zu leisten imstande war. Ging es doch darum, „sich von den Künstlermechanikern unabhängig zu machen und, mit dem bösen Wort von Carl Siemens, ‘Hausknechte’ an ihre Stelle zu setzen“ (HANF 1987, S. 158). Die Ausbildungspolitik der Industrie sollte, um es auf eine griffige Formel zu bringen, „vom ‘tüchtigen Gesellen’ zum Facharbeiter“ (GREINERT 1998, S. 61) führen.

Es wundert nicht, dass erste Ansätze systematischer Berufsausbildung in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts in den Werkstätten der Reichseisenbahn konzipiert wurden (SCHEVEN 1894). Weitere Großbetriebe folgten diesem Beispiel, ohne dass es zu gemeinsamen Richtlinien gekommen wäre. Im Grunde entwickelte jeder Betrieb sein eigenes Ausbildungskonzept. Und die rechtlichen Rahmenbedingungen für diese neue Entwicklung waren ebenfalls alles andere als günstig: Die 1869 auf den Norddeutschen Bund übertragene preußische Gewerbeordnung hatte aus staatspolitischen Gründen dem Handwerk das Ausbildungs- und Prüfungsmonopol gesichert. Wer als Industriehrling eine

Lehrabschlussprüfung machen wollte, musste dies zu den Bedingungen des Handwerks tun. Und dessen Organisationen verweigerten der Industrie die gleichberechtigte Mitgestaltung und dem Lehrling die industriegemäße Inhaltlichkeit der Prüfung.

„Den Anstoß zur Gründung des DATSCH habe gegeben, so der Geschäftsführer des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten 1912 beim jährlichen Kongress, dass die Industrie durch das Fehlen theoretisch wie fachlich gut ausgebildeter Facharbeiter gefährdet sei“ (SEUBERT 1999, S. 387). Und er fuhr fort: „Denn die im Handwerk ausgebildeten Schlosser, Schmiede, Tischler und Mechaniker können in der Industrie selbst ausgebildete Facharbeiter nicht ersetzen, da sie den Anforderungen nicht genügen“ (DATSCH 1912, S. 211).

Die „Wünsche der schaffenden Praxis“ und das Bestreben, den „Künstlerschlendrian“ abzustellen kennzeichnen die *industriellen Qualifizierungsbedürfnisse*, deren Dominanz sich schon auf der ersten Sitzung des DATSCH am 3. Dezember 1908 in Berlin, unmissverständlich behauptete; dort „wurde besonders von seiten der Vertreter der Industrie der dringende Wunsch ausgesprochen, in erster Linie möge man die Anforderungen und Bedürfnisse der Industrie in möglichst einwandfreier Form feststellen“ (DATSCH 1910, S. 2). Zu diesem Zweck bildete der DATSCH Haupt-, Arbeits- und Unterausschüsse zu einzelnen Fragen, organisierte Tagungen, auf denen die jeweiligen Berichte verhandelt wurden, um daraus Beschlüsse, Leitsätze oder Stellungnahmen ableiten und veröffentlichen zu können.

2. Programm und Praxis

Unter dem Reihentitel „Abhandlungen und Berichte über technisches Schulwesen“ veröffentlichte der DATSCH im ersten Jahrzehnt seines Bestehens sechs Bände, die das technische Hochschulwesen, das technische Mittelschulwesen, das technische niedere Schulwesen und die Lehrlingsausbildung in der mechanischen Industrie behandeln (DATSCH 1910; DATSCH 1911; DATSCH 1912a; DATSCH 1912b; DATSCH 1914; DATSCH 1919).

Die Berichterstattung über laufende Arbeiten des DATSCH wurde mit den Jahren zusehends differenzierter und professioneller; an der medialen Erscheinungsform verdeutlicht, führte die Entwicklung von sporadischen Beiträgen (a) über regelmäßige Mitteilungen (b) zu einem eigenständigen Organ, der Monatsschrift „Technische Erziehung“ (c). Zu dieser Entwicklung im Einzelnen:

- (a) Sporadische Beiträge rühriger DATSCH-Aktivisten zu der hier interessierenden Facharbeiterfrage finden sich in der Monatsschrift des Vereins Deutscher Ingenieure, „Technik und Wirtschaft“ (z.B. FROELICH 1911; LIPPART 1912; LIPPART 1918; PFEIFFER 1911; von RIEPPEL 1911; von RIEPPEL 1913).
- (b) Über die laufenden Arbeiten berichteten seit dem 10. Oktober 1920 die „Mitteilungen des Deutschen Ausschusses für Technisches Schulwesen“, die der DATSCH zunächst (1920—1922) als Beilage zur Zeitschrift „Der Betrieb“, danach unter dem Titel „DA-Mitteilungen“ als Beilage der Zeitschrift „Maschinenbau“ herausgab. Die „DA-Mitteilungen“ erschienen letztmals am 20. Juli 1926.
- (c) Ab August 1926 gab der DATSCH zusammen mit dem Reichsverband der Deutschen Industrie und der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände die Zeitschrift „Technische Erziehung“ heraus. Vorausgegangen war dieser gemeinsamen Herausgeberschaft der Zusammenschluss der drei Körperschaften zum „Arbeitsausschuss für Berufsausbildung“ im September 1925. Dem „Arbeitsausschuss für Berufsausbildung“ gesellte sich am Jahresende 1926 der Deutsche Industrie- und Handelstag hinzu, dem im Juli 1927 auch der Deutsche Handwerks- und Gewerbebund und der Reichsverband des Deutschen Handwerks folgten. Die weitere Entwicklung des „Arbeitsausschusses für Berufsausbildung“, der sich 1930 auflöste, kann und muss hier nicht nachgezeichnet werden. Festzuhalten bleibt aber an dieser Stelle, dass der DATSCH, der bis zu seinem Aufgehen im „Reichsinstitut für Berufsausbildung in Handel und Gewerbe“ in der Regelung der „Facharbeiterfragen“ tonangebend blieb, die „Technische Erziehung“ bis zum Jahre 1939 herausgab. Dieses Organ hatte 1938 einen Umfang von 318 Seiten pro Jahr erreicht, nachdem er in den Jahren zuvor immer unter 150 Seiten lag. 1939 ging die „Technische Erziehung“ zusammen mit der „Zeitschrift für Berufsbildung und praktische Unterrichtsgestaltung“ in der vom „Reichsinstitut für Berufsausbildung in Handel und Gewerbe“ herausgegebenen Zeitschrift „Berufsausbildung in Handel und Gewerbe“ auf, die bis 1944 erschien.

Hatten die vorgenannten Publikationen des DATSCH in erster Linie den Zweck verfolgt, die qualifikatorischen Interessen der Industrie zu formulieren, sie intern zu formieren und extern mit der staatlichen (Berufs-)Bildungspolitik zu vermitteln — hervorragende Beispiele stellen die zahlreichen vom DATSCH erarbeiteten *Berufsbilder* dar —, so ging es bei den sogenannten „methodischen Arbeiten“ darum, die Ausbildungspraxis in Betrieben *und* Betriebsberufsschulen durch *Richtlinien* (Berufseignungsanforderungen, Ausbildungsrichtlinien, Prüfungsanforderungen, Berufsbildungspläne,

Lehrgänge und Anlerngänge) und *Lehrmittel* (Lehrtafeln, Merkblätter, Lichtbilder) zur erwünschten Planmäßigkeit anzuregen, qualitativ zu verbessern und auf nationaler Ebene zu vereinheitlichen.

Unter diesen drei Gesichtspunkten kann die Bedeutung der „methodischen Arbeiten“ des DATSCH für die deutsche Facharbeiterausbildung kaum überschätzt werden. Dies betont er selbst:

„Für eine planmäßige Gestaltung der Nachwuchserziehung des Facharbeiters wurden vom DATSCH fortlaufend die gesamten Erfahrungen der Wirtschaft auf diesem Gebiete gesammelt, technisch durchgearbeitet und zu *Lehrgängen* für die einzelnen Berufsgruppen zusammengestellt. Diese wurden von den führenden Werken der Wirtschaft benutzt, so daß sich eine Facharbeiterausbildung entwickelte, bei der ein einheitliches Fachziel in den verschiedensten Betrieben angebahnt wurde“ (DATSCH 1937, S. 3).

Bis zum Jahresende 1934 wurden die Lehrgänge, Lehrmittel usw. von der DATSCH-Lehrmitteldienst-GmbH verlegt und vertrieben. Anfang 1935 wurde der Vertrieb folgendermaßen aufgegliedert: Bücher waren über den B. G. Teubner Verlag in Leipzig zu beziehen, Lehrtafeln und Merkblätter über den Elbe-Verlag *Werner Lehmann* in Dresden und Geräte über die Firma *Bruno Brauns* in Berlin. Diese „Professionalisierung“ des Vertriebs-systems der weiterhin vom DATSCH erstellten Lehrmittel verweist ebenso auf dessen wachsende Breitenwirkung wie die Tatsache, dass die Lehrgänge zumeist mehrere Auflagen erfuhren. Der Lehrgang für Maschinenschlosser zum Beispiel, der 1919 die Reihe systematischer Lehrgänge eröffnete und mit einer Auflage von 2000 Stück verlegt wurde, war nach drei Jahren vergriffen; 1922 erfolgte eine unveränderte zweite, 1926 eine umgearbeitete dritte Auflage, der 1940 eine vierte und fünfte folgen sollte.

3. Weiterentwicklung

Die planmäßige, auf nationaler Ebene einheitliche Facharbeiterausbildung, die der DATSCH anstrebte, wurde ab 1935 auch staatlicherseits gefordert. Dabei sollten die DATSCH-Lehrmittel eine Monopolstellung erlangen. Nach der Beförderung des DATSCH zur „Beratungsstelle“ des Reichswirtschafts- und Reichserziehungsministeriums „für die Gestaltung des technisch-wirtschaftlichen Ausbildungswesens“ am 11. September 1935 ordnete der Reichswirtschaftsminister an, „daß ausschließlich die Lehrmittel des Deutschen Ausschusses für Technisches Schulwesen Verwendung finden. An diese Weisung sind alle Ausbildungspersonen in den Betrieben gebunden“ (SCHACHT 1937, S. 48). Diese Anordnung wurde später bekräftigt. Der Erlaß des Reichswirtschaftsministers vom 13. Februar 1939 — III SW 706/39 — verpflichtete Unternehmer, nunmehr im NS-Sprachgebrauch

„Betriebsführer“ genannt, ihre Ausbildungsmaßnahmen nach den Ausbildungsunterlagen des Reichsinstituts für Berufsausbildung in Handel und Gewerbe auszurichten.

Kurz zuvor hatte der DATSCH eine erneute Erweiterung seiner Kompetenzen erfahren, indem die bis dahin auf industrielle Berufe begrenzten Aktivitäten durch Erlass des Reichswirtschaftsministers vom 27. Januar 1939 - III SW 652/39 - auf „alle Gruppen der Organisation der gewerblichen Wirtschaft [...] unter Einbeziehung insbesondere der Reichsgruppen Handwerk, Handel, Banken und Versicherungen“ ausgedehnt wurden und der DATSCH selbst in „Reichsinstitut für Berufsausbildung in Handel und Gewerbe“ umbenannt wurde. Damit war gleichsam die oberste Stufe des Vergesellschaftungsprozesses erreicht, in dem sich der DATSCH von einer „freien Körperschaft“ über die „Beratungsstelle“ und das „pädagogische Organ“ des Wirtschaftsministers (Erlass des Reichs- und Preußischen Wirtschaftsministers betr. den DATSCH e.V. vom 11.9.1935 — IV 9632/35 —) zum „Reichsinstitut“ entwickelte.

Die Kohärenz dieser Vergesellschaftungsqualität erwies sich in der weiteren deutschen Geschichte – sowohl in der DDR als auch in der BRD - als irreversibel.

4. DATSCH-Facharbeiter-Konstruktion und ihre Potenziale

Dass die Facharbeiterausbildung auch eine Erziehungsaufgabe sei, dass fachliche Ausbildung mit Charaktererziehung und staatsbürgerlicher Erziehung Hand in Hand zu gehen habe, „daß zum richtigen Feilen am Schraubstock nicht nur eine geschickte Hand, sondern auch die anständige Gesinnung, ein ganzer Kerl, gehört“, und daß die „echte und leistungsfähige Betriebsgemeinschaft [...] nach gesunden, leistungsbereiten, treuen und verantwortungsbewussten Volksgenossen und Mitarbeitern“ verlange (DATSCH 1936, S. 122), war trotz der technisch-rationalen Grundhaltung des DATSCH nie strittig.

Nicht erst in der Zeit des Nationalsozialismus verband sich mit der „Erziehung zum deutschen Qualitätsfacharbeiter“ die Vorstellung, der Lehrling müsse „rechtzeitig an Manneszucht und Ordnung gewöhnt werden“ (KUNZ 1935, S. 121). Bereits in den „Leitsätzen“ des DATSCH-Arbeitsausschusses „Über die Lehrlingsausbildung in der mechanischen Industrie“, die am 22. April 1911 verabschiedet wurden, heißt es: „Die geordnete Lehrlingsausbildung wirkt staatsfeindlichen Einflüssen entgegen“ (DATSCH 1912a, S. 98). In der Gesamtsitzung des DATSCH am 9. Dezember 1911 wurden die „Leitsätze“ geringfügig abgeändert und unter dem Titel „Die Erziehung und Ausbildung des Nachwuchses der Facharbeiterschaft für die mechanische Industrie“ niedergelegt. Einer der Kernsätze

offenbarte neben den fachlichen Intentionen auch die Bereitschaft der Industrie, Zugeständnisse an den obrigkeitsstaatlichen Zeitgeist zu machen: „Eine geordnete Lehrlingsausbildung fördert auch die Erziehung des Arbeiters zum Staatsbürger“ (DATSCH 1912a, S. 302).

Dass eine geordnete Lehrlingsausbildung staatsfeindlichen Einflüssen entgegenwirke beziehungsweise der Erziehung zum Staatsbürger förderlich sei, gehört seit GEORG KERSCHENSTEINERS 1901 veröffentlichter „Preisschrift“ über die staatsbürgerliche Erziehung der deutschen Jugend (KERSCHENSTEINER 1901) in den klassischen Kernbestand der deutschen Berufspädagogik. KERSCHENSTEINERS „Preisschrift“ wird oft auch als „Geburtsurkunde der Berufsschule“ bezeichnet, denn in ihr geht es um die Frage, wie die männliche Jugend zwischen Volksschulentlassung und Heeresdienst „am zweckmäßigsten für die bürgerliche Gesellschaft zu erziehen“ (KERSCHENSTEINER 1901, S. V) sei.

Modern formuliert ging es also um die „Frage der pädagogischen Betreuung der werktätigen, zumeist in einer Ausbildung befindlichen Jugendlichen im Sinne einer Integration in die Gesellschaft“ (LANGE 1992, S. 43). Dabei gab KERSCHENSTEINER zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine Antwort auf die desintegrativen Effekte, die den beschleunigten Modernisierungsprozess in der ganzen Epoche des zweiten Deutschen Kaiserreichs (1870-1914) als ambivalent charakterisieren und die sich als Spannungsverhältnis von „Industriegesellschaft und Kulturkrise“ (BERG/HERRMANN 1991) formulieren lassen. Bemerkenswert für die gesellschaftspolitische Position des DATSCH ist nun, dass er sich exakt auf die Linie der Gründerväter der Berufsschule begibt – für die Frühgeschichte des „Dualen Systems“ ist also eine gesellschaftspolitische Zielkonkordanz zu konstatieren, die in der Folgezeit nicht immer gegeben war.

Die Medien der sozialen Organisation industrieller Arbeit erhalten in der Zeit des Zweiten Deutschen Kaiserreichs ihre negative Formgebung aus zwei über alle Gruppierungen konsensfähigen Abwehrversuchen: Zum einen gegen die offenkundig werdende soziale Logik, die im Kapitalismus lag, wenn man ihn ungehindert sich entfalten ließ, zum anderen gegen die Konsequenzen, die die Arbeiterbewegung selbst daraus zog. Deshalb die Mischung von Antitaylorismus — z.B. bei Johannes Riedel (KIPP 1978) — und Kriminalisierung des Klassenkampfes. An positiver Formgebung blieb da nicht viel: Traditionalismus, also die künstliche Wiederbelebung von Traditionspolstern, die der Erosion des Industrialisierungsprozesses unterliegen. Daher die Faszination und die Wiederbelebung der ständischen Produktions- und Sozialordnung, daher aber auch der Versuch, industrieller Produktion einen formalen Rahmen zu geben, die Werkerlebnis, Gebrauchswert und auch die soziale Ein- und

Unterordnung noch in sich trug. Der „Kampf um die Arbeitsfreude“ war, nach dem berühmten Buch von Paul Osthold, das zur Programmschrift des DINTA wurde, wurde zum „Kampf um die Seele unseres Arbeiters“ (OSTHOLD 1926), vor allem der Jugend, hochstilisiert. Die Auseinandersetzung um die realen, keineswegs geleugneten sozialen Antagonismen sollte jedoch vom Klassenkampfmoment, so Preller „entgiftet“ (PRELLER 1949, S. 132) und in der „Werksgemeinschaft“ aufgehoben werden. Der Prozess dieser „Entgiftung“, der identisch ist mit dem durchgehaltenen Versuch der Entpolitisierung, war in Deutschland, mehr als in jedem anderen Industrieland, ein Erziehungsprozess. Sein wichtigstes *Medium* war die inhaltliche Konstruktion des *Berufsgedankens*:

Arbeitserziehung als Berufserziehung, mit dem Effekt der „Befriedung und Befriedigung“, das sollte die bisher vernachlässigte Lehrlingserziehung in der Industrie produzieren.

Woran auch immer die „Wirksamkeit“ der im Soziallaboratorium des späten Kaiserreichs und der Weimarer Republik entwickelten Medien gemessen werden kann – als besonders dauerhaft erwies sich die Konstruktion des *deutschen Facharbeiters*. Einerseits wurden die Verhältnisse rationalisiert; andererseits bestand die Hoffnung, die vermeintlich heileren sozialen Traditionen wiederbeleben zu können. Beides verband sich zu einem hocheffektiven Gemisch, das nicht zuletzt auch als Gehorsamspotential sozialintegrativ *und* produktionsbezogen nutzbar war. Untersucht man die zeitgenössische Literatur zur Ausbildung des Facharbeiters und insbesondere die Arbeiten des DATSCH dazu, so zeigt sich genau diese Mischung: Der Facharbeiter war eine moderne Lösung – allerdings gebremst durch rückwärtsgewandte politisch-soziale Herrschaftsverhältnisse. Konzipiert und realisiert worden ist die Facharbeiterkonstruktion von Unternehmervetretern ohne Beteiligung der Betroffenen, auch nicht der Gewerkschaften.

Gegen die soziale Sprengkraft der von der Tradition entkoppelten, disponiblen Arbeitskraft waren in die deutsche Facharbeiterkonstruktion drei lebensweltlich erfahrbare Statik-Momente eingelassen, und diese begründeten dann auch alle Formen des pädagogischen Umgangs mit industrieller Arbeit:

- (a) Der Lebensberuf war auf Dauer angelegt.
 - (b) Die Berufliche Identität sicherte über ihre Inhaltlichkeit, nicht abstrakt Arbeiter, sondern z.B. Werkzeugmacher zu sein.
 - (c) Das - wengleich abstrakte - Werkerlebnis ließ sich auch in die Individual-Identität einbauen.
- Dieser Berufskonstruktion gegenüber gab es wenig Widerspruch aus der Arbeiterbewegung.

5. Die „Facharbeiter“-Konstruktion des DATSCH in berufspädagogischer Sicht

Der DATSCH als Institution ist bislang in der berufspädagogischen Historiographie schon mehrfach und neuerdings auch in wünschenswerter Intensität bearbeitet worden. Die Qualität der

Auseinandersetzungen ist freilich recht uneinheitlich. Zudem fällt auf, dass die vorliegenden Beiträge aus den 1980er Jahren (GEORG/KUNZE 1981; KIPP/MANZ 1985; KUNZE 1981a; KUNZE 1981b; PÄTZOLD 1980) sich nicht oder nur sehr am Rande der Frage annehmen, die sich sowohl auf das Zustandekommen der Facharbeiter-Konstruktion als auch auf die damit implizierten sozialpsychologischen Wirkungen richtet. Eben *diese* Fokussierung des Forschungsinteresses erschien Wolfgang Manz und mir 1985 wichtig und mehr denn je geboten. Versucht man zu bilanzieren, welche der neueren historiographischen Beiträge diese Fragestellung überhaupt zulassen bzw. aufgreifen, so sind die von *Georg/Kunze*, *Pätzold* und *Kunze* zu nennen.

Günter Pätzold sieht „die zwanziger Jahre bestimmt durch verbandsinterne Regelungen der Industrie über Ausbildungsinhalte und -formen“, durch erfolgreiche Versuche der Unternehmerverbände, „das Ausbildungsrecht in ihrem Sinne zu verändern“ (PÄTZOLD 1980, S. 7). Die Facharbeiterausbildung begreift er als Einheit von technisch-instrumenteller Qualifizierung *und* Erzeugung „industrietytische(r) Verhaltensweisen“ (ebd., S. 8) bzw. „industrietytische(r) Verhaltensmuster“ (ebd., S. 11); berufliche Sozialisation des Facharbeiters zielte auf „seine dauerhafte ‚Zurichtung‘ für die ihm zugewiesenen Arbeitstätigkeiten“ (PÄTZOLD 1980, S. 10).

Gesellschaftspolitische Zielrichtung und sozialpsychologische Wirkung der wesentlich um Facharbeiterausbildung zentrierten Berufs- und Betriebspädagogik der Weimarer Republik sind noch nicht oft so scharf herausgearbeitet worden: „Berufserziehung wurde [...] zum Mittel, ‚freiwillige‘ Anerkennung von ‚Notwendigkeiten‘ und ‚freiwillige‘ Gefolgschaft sicherzustellen [...]. Betriebspädagogik war notwendigerweise darauf angelegt, Bildung auf Anpassungs- und Einordnungsfähigkeiten zu reduzieren, so daß die Durchsetzung eigener Interessen der Arbeiter gegenüber gesellschaftlichen bzw. betrieblichen Herrschaftsgruppen dadurch eher verschüttet als gefördert wurde“ (PÄTZOLD 1980, S. 12).

Andreas Kunze zufolge wurden „umfassende Sozialisationsmaßnahmen gegenüber der Arbeiterschicht“ in der „Zeit des Umbruchs, als der Konkurrenzkapitalismus vom organisierten Kapitalismus abgelöst wurde“, notwendig: „Aus qualifikatorischer Sicht wurde der ‚Facharbeiter‘, aus sozialisatorischer Sicht der ‚Staatsbürger‘ verlangt (KUNZE 1981a, S. 223). Die Facharbeiterausbildung in den Lehrwerkstätten des Kaiserreichs zielte „nicht auf den selbstbewußten, umfassend qualifizierten Arbeiter, sondern war am Verwertungsinteresse des Betriebes“ orientiert (KUNZE 1981b, S. XIV).

Der DATSCH, „eine Organisation des Industriekapitals“ (ebd., S. XVI), habe die „Institutionalisierung der industriebetrieblichen Arbeiterausbildung vorangetrieben“ (S. XVIII), den neuen „Leitbegriff“ ‚Facharbeiter‘ verwendet (S. XVI) und unter der Heranbildung tüchtiger Facharbeiter auch eine „Erziehung zu ‚Arbeitsfreude und Gemeinsinn‘“ (KUNZE 1981b, S. XIX) verstanden und nachhaltig befördert.

Die Einführungsschrift von Walter Georg und Andreas Kunze beschreibt als Konstruktionsprinzip die „unternehmerische Bestimmung des „Facharbeiters“ (GEORG/KUNZE 1981, S. 76) und begreift „traditionelle Facharbeiterqualifikation und -verhaltensformung“ (ebd., S. 82) als sozialpsychologische Wirkungseinheit.

Bis zur Vorlage der sehr gründlichen Studien von Roland Ebert (EBERT 1984) und von Volkmar Herkner (HERKNER 2003) war zu konstatieren, dass sich die Berufspädagogik zu wenig um die bis in die Gegenwart nachwirkenden „Berufsordnungsarbeiten“ des DATSCH gekümmert habe und sich obendrein zu bereitwillig auf die DATSCH-Selbstdarstellung eingelassen hatte, die sich unpolitisch gibt und besonders die technisch-rationale Grundhaltung unterstreicht. Doch eben diese Grundhaltung ist politisch, insofern sie die bestehenden Verhältnisse nicht infrage stellt.

II. Positionen

1. DATSCH und Handwerk

Die Gründung des DATSCH erfolgte in einer Zeit, in der das Handwerk die Lehrlingsausbildung in Deutschland rechtlich dominierte – mit dem DATSCH schuf sich die Industrie ein Instrument zur Klärung, Artikulation und Durchsetzung ihrer Qualifizierungsinteressen. Dank seiner Rührigkeit, seiner zahlreichen Stellungnahmen, Erklärungen und Empfehlungen konnte der DATSCH innerhalb kurzer Zeit Meinungsführerschaft erringen und drängte das bis dahin dominante Handwerk „in die Rolle des konservativ und primär berufsständisch Orientierten“ (STRATMANN 1991, S. 371). Die Aktivitäten des DATSCH „fanden bis in die Ministerien hinein Beachtung und Zustimmung und bestärkten in der Einschätzung, dass der berufspädagogische Fortschritt im industrietypischen Ausbildungsmodell zu suchen war“ (ebd.).

Das Handwerk hat nach dem Verlust seiner Monopolstellung im Lehrlingswesen allmählich von seinen geradezu „aggressiv vertretenen Abgrenzungs- und berufspädagogischen Führungsansprüchen“ (ebd.) abgelassen und schrittweise die Kooperation mit dem DATSCH gesucht und der DATSCH seinerseits hat diese Kooperationsbereitschaft bereitwillig unterstützt. Als ein Beleg dafür mag das Geleitwort „Zur Jahreswende“ im Januar-Heft 1927 der „Technischen Erziehung“ gelten, in dem Ernst von Borsig mit Bezug auf Fragen des Berufsschulwesens feststellt, „daß auch die natürlichen Beziehungen, die uns auf diesem Gebiete mit dem H a n d w e r k verbinden, von beiden Seiten zielbewusst und zu beiderseitigem Nutzen weiter ausgebaut worden sind“ (von BORSIG 1927, S. 1). Es sollte dann auch nur noch wenige Monate dauern, bis der Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag und der Reichsverband des Deutschen Handwerks dem Arbeitsausschuss für Berufsausbildung beitraten: Das

Juli-Heft 1927 der Zeitschrift „Technische Erziehung“ beginnt mit einem Aufruf „Zur gemeinsamen Arbeit“, der von den beiden Handwerksverbänden unterzeichnet ist und die Gemeinsamkeiten bezüglich der Berufsausbildung des Nachwuchses herausstellt: „Handwerk und Industrie haben sich zusammengeschlossen, um miteinander in dem Bestreben nach Ertüchtigung der Jugend den Weg zu gehen, der zum gleichen Ziele führen soll. In der Frage der Ausbildung blickt das Handwerk auf eine jahrzehntelange Praxis zurück. Zu dieser Erfahrung auf der einen Seite tritt die Entschlossenheit der Industrie, mit der sie das Problem angriff“ (DEUTSCHER HANDWERKS- UND GEWERBEKAMMERTAG / REICHSV ERBAND DES DEUTSCHEN HANDWERKS 1927, S. 89). Das Einschwenken des Handwerks auf die Erfolgslinie des DATSCH kann als ein Musterbeispiel dafür gelten, wie der DATSCH es im Laufe seiner Erfolgsgeschichte verstanden hat, das Spannungsverhältnis von Konkurrenz und Kooperation, in dem er zu anderen Organisationen stand, zu seinen Gunsten produktiv zu gestalten. Ergänzend kann hier bemerkt werden, dass der DATSCH sich in seinen Kooperationsbeziehungen ausgesprochen zielorientiert verhalten hat und die Zusammenarbeit mit „Verlierern“ unverzüglich einstellte; Volkmar Herkner zeichnet dieses selektive Kooperationsverhalten des DATSCH am Beispiel der Kooperation mit dem ihm nahestehenden Deutschen Ausschuss für den mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterricht (DAMNU) nach (vgl. HERKNER 2003, S. 167-172) und resümiert: „Nur solange der etwas eher gegründete DAMNU dem DATSCH in einigen, vor allem organisatorischen Punkten zeitlich voraus war bzw. der DATSCH den DAMNU als gleichwertigen Partner ansehen musste, war für den DATSCH eine wirkliche Zusammenarbeit interessant. [...] Der DATSCH ließ in seinem Aufstieg zum direkt dem Reichswirtschafts- und dem Reichserziehungsministerium zuarbeitenden Organ den DAMNU ohne weitere Beachtung hinter sich“ (HERKNER 2003, S. 172).

2. DATSCH und DINTA

Ein anderes Beispiel ist die langjährige Konkurrenz zwischen DATSCH und DINTA bzw. deren Nachfolgern, „Reichsinstitut für Berufsausbildung in Handel und Gewerbe“ einerseits und „Amt für Berufserziehung und Betriebsführung der Deutschen Arbeitsfront“ andererseits, die im Mai 1941 zum politisch erzwungenen Zusammenwirken der beiden konkurrierenden Organisationen im „Gemeinschaftsorgan der Gewerblichen Wirtschaft und der Deutschen Arbeitsfront“ führte. Mit dem DINTA, dem Deutschen Institut für technische Arbeitsschulung, war dem seinerzeit schon etablierten DATSCH ab Mitte der 1920er Jahre eine auf dem Gebiet der Lehrlingsausbildung ebenfalls überaus rührige und durchaus erfolgreiche Konkurrenz-Institution erwachsen, die, ausgehend von den politischen Interessen der deutschen Schwerindustrie mit dem Vorsitzenden des Vereins deutscher Eisen- und

Stahlindustrieller, dem späteren Hitler-Förderer Albert Vögler an der Spitze, allmählich auch andere Industrien „eroberte“ und ihren Einflussbereich über das gesamte Reichsgebiet und bis nach Österreich auszudehnen verstand (vgl. SEUBERT 1977, S. 75). DATSCH und DINTA hatten zweifellos zahlreiche Berührungspunkte und ähnliche Gestaltungsabsichten. Der DATSCH mit einer starken Basis in der Berliner Elektro- und Maschinenbauindustrie war in erster Linie rational-funktionalistisch orientiert. Das DINTA, mit einer starken Basis in der rheinisch-paternalistischen Schwerindustrie richtete seine Arbeit stärker auf den Erziehungsaspekt aus und verband diesen mit dem Bestreben, „den Menschen als Einflussgröße auf die betriebliche Rationalisierung zu betrachten. Mit diesem Ansatz, junge Arbeitnehmer so zu steuern, daß sie sich harmonisch vor allem in Produktionsabläufe einfügen würden, lagen für das DINTA gute Voraussetzungen vor, um sich unter veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ab 1933 zu einer wichtigen Einrichtung zu profilieren“ (HERKNER 2003, S. 160). Der Gründungsveranstaltung des DINTA am 24. Mai 1925 in Bonn waren wiederholte Beschwerden von Industriellen über die angeblich feindselige Haltung der Arbeiterschaft vorausgegangen, die es erforderlich mache, neue Wege zur Herstellung des Arbeitsfriedens zu beschreiten. Die Aufgabe des am 1. April 1926 in Düsseldorf eröffneten DINTA bestand also darin, neue praktische Wege zur Lösung der sozialen Frage zu finden, die vor allem darin gesehen wurden, den „Kampf um die Seele unseres Arbeiters“ zu führen, ihn mit Werkszeitungen, Werkskindergärten, Werkwohnungen und vielfältigen sozialen Angeboten, die der Pflege des Werksgemeinschaftsgedankens dienen, an den Betrieb zu binden. In den DINTA-Texten werden diese Ziele mit den Schlagworten „Entgiftung der Betriebsatmosphäre“ und „Entsorgung der Werksangehörigen“ umschrieben. In das gewerkschaftsfeindliche DINTA-Arsenal gehören Alters- und Invalidenwerkstätten ebenso wie Freizeiteinrichtungen. Berufspädagogisch bedeutsam ist die rege Werbung des DINTA für betriebliche Lehrwerkstätten einerseits und werkseigene Berufsschulen andererseits, die insbesondere vom DINTA-Leiter Karl Arnhold unermüdlich betrieben wurde (vgl. ARNHOLD 1937; KIPP 2007). Zum Zwecke der Verbreitung der DINTA-Ideen und der darin zentralen Vorstellung, den ganzen Menschen mit der betrieblichen Arbeit zu verbinden und zugleich zu versöhnen, das Betriebsgemeinschaftsmodell einerseits und das betriebliche Führerprinzip andererseits zu propagieren, wurde ab 1929 die hauseigene Zeitschrift „ARBEITSSCHULUNG“ herausgegeben. Daneben entwickelt das DINTA ein von ihm ideologisch ausgerichtetes und straff geführtes Werkszeitungswesen, das 1934 etwa 100 Werkzeitungen umfasste und mit einer Auflage von über einer Million monatlich in vielen Regionen eine Monopolstellung errang (vgl. BÜCHTER/KIPP 2002). Über die Ausbildung von DINTA-Ingenieuren, die als Multiplikatoren und Propagandisten in den Betrieben für die DINTA-Vorstellungen warben, erreichte das DINTA rasch erhebliche öffentliche Wirkung. Von seinen Erfolgen in der betrieblichen Praxis bestätigt, radikalisierte sich das DINTA politisch in den Jahren 1930 bis 1933, benannte sich 1933 um in „Deutsches Institut für

Nationalsozialistische Technische Arbeitsforschung und -schulung“, wurde nach der NS-Machtergreifung in die Deutsche Arbeitsfront (DAF) eingegliedert und wuchs sich hier zum rührigsten Trommler für nationalsozialistische Ideen aus. Konsequenterweise wurde Karl Arnhold, der Hitler seit 1930 beratend zur Seite gestanden und mit diesem 1932 in Godesberg vereinbart hatte, das DINTA aus dem Parteikampfe heraus- und für eine spätere Übernahme bereitzuhalten (KIPP 1978, S. 141), 1934 Leiter des DAF-Amtes für Berufserziehung und Betriebsführung. Arnhold wurde damit einer der einflussreichsten Berufspädagogen der NS-Zeit (vgl. SEUBERT 1977; WOLSING 1977), der insbesondere auf die Gestaltung der betrieblichen Berufsausbildung und betrieblicher wie überbetrieblicher Lehrwerkstätten Einfluss nahm – und zwar mit den zuvor im DINTA erprobten Instrumenten.

In der teilweise erbitterten Konkurrenz zum DATSCH bzw. dem späteren Reichsinstitut für Berufserziehung in Handel und Gewerbe, die die volle Unterstützung des Reichswirtschaftsministers genossen, sind das DINTA bzw. Amt für Berufserziehung und Betriebsführung der DAF letztlich unterlegen; beide Institute wurden zum 1. Mai 1941 in das „Gemeinschaftsorgan der gewerblichen Wirtschaft und der Deutschen Arbeitsfront“ umgewandelt, das dem Reichswirtschaftsminister unterstellt war. Die Dauerfehde zwischen Reichswirtschaftsminister Dr. Hjalmar Schacht und dem ehrgeizig-machtbesessenen Leiter der Deutschen Arbeitsfront Dr. Robert Ley (vgl. dazu SEUBERT 1977; SEUBERT 1988; WOLSING 1977) und die Zeit unproduktiver Doppelarbeit (vgl. dazu DER REICHSORGANISATIONSLEITER DER NSDAP 1940) und kräftezehrender Konkurrenz (vgl. dazu DER REICHSORGANISATIONSLEITER DER NSDAP o. J.; DATSCH 1937a; DATSCH 1937b) sollte auf diese Weise beendet werden. Mit der Integration des exponierten DINTA-Aktivisten Karl Arnhold und dessen Nachfolger in der Leitung des Amtes für Berufserziehung und Betriebsführung der DAF, Albert Bremhorst, in den DATSCH-Vorstand war nach außen eine fast schon harmonische Einbindung des einstigen Konkurrenten in das „Reichsinstitut“ darstellbar, wiewohl es sich um eine „Zwangintegration des ABB in das Reichsinstitut für Berufsausbildung in Handel und Gewerbe“ (KAROW 1993, S. 181) handelte, die andererseits das Reichsinstitut nicht unberührt ließ.

3. „Gleichschaltung“ des DATSCH

Ohne die These der „Zwangsintegration“ abschwächen zu wollen, muss aber darauf hingewiesen werden, dass zumindest zwischen Karl Arnhold und dem DATSCH schon zuvor enge Verbindungen bestanden, denn Arnhold, der über eine erstaunliche mediale Präsenz verfügte, führte schon in der „Technischen Erziehung“ 1933 im Januar-, Februar-, März- und April-Heft auf der ersten Seite die Riege der „Ständigen Mitarbeiter“ an (danach wurden die Titelseiten wieder unauffälliger gestaltet). Als „Leiter des Deutschen Instituts für Nationalsozialistische Technische Arbeitsforschung und Schulung in der Deutschen Arbeitsfront“ war Arnhold, einer „Kleinen Mitteilung“ im April-Heft der „Technischen Erziehung“, S. 47, zufolge - zusammen mit dem Leiter der Hochschule für Menschenführung, Clausthal, Prof. Dr.-Ing. [Adolf Moritz] Friedrich und dem Wirtschaftsbeauftragten beim Preußischen Staatsministerium, Landrat Wilhelm Tengelmann - in den geschäftsführenden Vorstand des DATSCH berufen worden. Friedhelm Schütte sieht mit dem (auf der „Vollsitzung“ des DATSCH am 23.3.1934 vollzogenen) von ihm so genannten „zweiten Revirement, der Nachnominierung weiterer verdienter Parteikader“ (SCHÜTTE 1998, S. 271) die nationalsozialistische Ausrichtung des DATSCH als beendet an. Das erste Revirement mit der Neubesetzung des geschäftsführenden Vorstands erfolgte am 26.6.1933: „Während GRISSMANN den Vorsitz behielt und SCHWARZE die Funktion des ‘Zweiten stellvertretenden Vorsitzenden’ wahrnahm, wurde durch die Besetzung des ersten Stellvertreters [mit Wilhelm Heering] sowie des Ehrenvorsitzenden mit verdienten NSDAP-Mitgliedern die neue Ära nach außen wie nach innen demonstriert. [...] Vor allem das neugeschaffene Amt des Ehrenvorsitzenden sicherte der NSDAP den gewünschten Einfluss. Mit GOTTFRIED FEDER, einem diplomierten Ingenieur, wurde zwar ein Repräsentant ohne jedwede berufspädagogische Sachkenntnis bestellt, als ausgemachter Parteistrategen und langjähriger Weggefährte HITLERS wurde er jedoch als Garant nationalsozialistischer Politik in die Schaltzentrale industrieller Ausbildungspolitik geholt“ (SCHÜTTE 1998, S. 269f).

4. Innenperspektiven des DATSCH

Zeigen die zuvor skizzierten Positionen des DATSCH gegenüber dem Handwerk einerseits und gegenüber dem DINTA andererseits gleichsam die Außenperspektive, so stellt sich die Frage, welche Positionen den DATSCH in seiner Innenperspektive charakterisieren bzw. bestimmen. Diese Frage ist ungleich schwerer eindeutig zu beantworten, zumal es im Laufe der Zeit auch zu internen Gewichtsverschiebungen und Akzentverlagerungen gekommen ist, die sich aber nicht immer eindeutig bestimmten Einzelpersonen, Betrieben, Wirtschaftsregionen, Branchen oder sonstigen „Fraktionen“ zuordnen lassen. Herkner zufolge „wurden vor allem in den 1930er Jahren im Ausschluß Berufspädagogen und nicht mehr Vertreter der Industrie meinungsführend, wodurch die Arbeit des

Deutschen Ausschusses zunehmend pädagogisiert wurde; zum anderen zog sich vor allem der VDI aus dem DATSCH merklich zurück und entließ ihn nach jahrelanger 'Obhut' in die Eigenständigkeit“ (HERKNER 2003, S. 56f.). Was die internen Gewichtungen in den Unterausschüssen angeht, bilanziert Ebert: „In den Unterausschüssen für das technische Hochschulwesen und das technische Mittelschulwesen dominierten der VDI und andere Standesvertretungen der Ingenieure und Techniker. Den Unterausschuß für das niedere technische Schulwesen einschließlich der Lehrlingsausbildung beherrschten die Metallindustriellen“ (EBERT 1984, S. 226).

Die dem historischen Zugriff zugänglichen schriftlichen Dokumente, Sitzungsprotokolle, Tagungsberichte usw. sind sprachlich so weit geglättet und – im Sprachgebrauch unserer Tage – „politisch korrekt“ formuliert, dass die Schärfe möglicher interner Auseinandersetzungen für die Chronik wegetuschiert wurde. Die historischen Rückblicke, die der DATSCH zu verschiedenen Anlässen veröffentlichte, spiegeln den bei Chroniken dieser Art bekannten Duktus von Erfolgsberichterstattung im milden Glanz von Harmonie. Neben diesen grundsätzlichen quellenkritischen Vorbehalten ist eine weitere Besonderheit zu nennen, die die Zuschreibung von Macht/Interesse/Einfluß erschwert: Die meisten der im DATSCH an führender Stelle engagierten Personen waren zugleich in mehreren anderen Organisationen an verantwortlicher bzw. einflussreicher Stelle tätig – wir haben es also mit Multifunktionären zu tun, bei denen nicht immer eindeutig erkennbar wird, wessen Mandat sie im Einzelfalle gerade wahrnehmen, wenn sie im DATSCH eine bestimmte Position favorisieren; wie es umgekehrt auch nicht immer nachvollziehbar wird, ob und in welcher Weise sie die DATSCH-Positionen in ihren anderen Wirkungskreisen zur Geltung bringen.

Betrachten wir zunächst zwei Personen aus der Führungsriege des DATSCH: Dr. Anton von Rieppel und Ernst von Borsig, die gewissermaßen für eine lupenreine unternehmerische Interessenpolitik stehen und deren unerbittliche Abwehrhaltung gegenüber gewerkschaftlichen Mitgestaltungsabsichten in Berufserziehungsfragen aktenkundig ist.

5. Anton von Rieppel

„Dr. Anton von Rieppel (17.4.1852-31.1.1926) war in der ersten Phase des DATSCH einer der wichtigsten Männer des Deutschen Ausschusses“ (HERKNER 2003, S. 64). Sein viel beachteter und mehrfach abgedruckter Vortrag „Lehrlingsausbildung und Fabrikschulen“ (von RIEPPEL 1911), den er auf der zweiten Gesamtsitzung des DATSCH am 22. November 1909 gehalten hat, trug mit dazu bei, dass sich der DATSCH der Lehrlingsfrage intensiv zuwandte.

Rieppel begann seine Karriere als ein überaus fähiger Ingenieur, der sich als Brückenbauer und Werksleiter der Brückenbauanstalt in Gustavsburg bei Mainz einen Namen gemacht hatte, bevor er in

den Vorstand der Maschinenbau-Aktiengesellschaft Nürnberg berufen wurde. Als solcher leitete er die Fusion mit dem größten bayerischen Wettbewerber, der Maschinenfabrik Augsburg, ein, die er „1898 zum ersten großen Zusammenschluß im deutschen Maschinenbau“ (EBERT 1984, S. 212) führte – 1913 wurde von Rieppel Generaldirektor der MAN. Als Leiter des bayerischen Metallindustriellenverbandes profilierte sich Rieppel im Frühsommer 1905 in den sozialpolitischen Auseinandersetzungen in Nürnberg, bei denen 1400 Arbeiter der MAN vom 20. Mai bis zum 10. Juli streikten. „Mit der Niederschlagung dieses für Bayern größten Streiks hatte sich Rieppel zum Unternehmerführer qualifiziert. Zur Anerkennung dessen wurde er auf der nächsten Hauptversammlung des Bayerischen Industriellenverbandes am Anfang des Jahres 1906 zu 1. Vorsitzenden gewählt, eine Position, die er mindestens 10 Jahre inne hatte“ (ebd., S. 217). Im Frühjahr 1906 wurde ihm, weil er „für das allgemeine Interesse der industriellen Arbeit in Bayern tätig“ war, „das Ritterkreuz des Verdienstordens der bayerischen Krone, mit dem der persönliche Adel verbunden war, verliehen“ (ebd.).

Im DATSCH-Unterausschuss für das niedere technische Schulwesen einschließlich der Lehrlingsausbildung nahmen die führenden Positionen ein: „der Geschäftsführer des VdMA, Fr. Fröhlich als Vorsitzender, der Generaldirektor der MAN, A. v. Rieppel, der Direktor der MAN, G. Lippart, die Direktoren der Ludw. Loewe & Co. A.-G., Waldschmidt und O. Stolzenberg, der Direktor bei A. Borsig, F. Neuhaus und schließlich E. von Borsig, der unter anderem ab 1906 über 25 Jahre lang den Vorsitz beim Verband Berliner Metall-Industrieller (VBMI) inne hatte. Nachdem diese Herren jeder für sich gleichzeitig in verschiedenen anderen Interessenverbänden, vor allem im VdMA tätig waren, lässt sich nicht immer scharf trennen, aus welchem Verband letztendlich die Ideen kamen“ (EBERT 1984, S. 226f.).

6. Ernst von Borsig

Neben der Mitarbeit in der Firmenleitung des Berliner Unternehmens A. Borsig engagierte sich Ernst von Borsig (13.9.1869-6.1.1933) in mehreren Unternehmervereinigungen und wurde anlässlich seines 60. Geburtstages in der Deutschen Arbeitgeberzeitung als „Führer der deutschen Arbeitgeber auf sozialpolitischem Gebiete“ gefeiert. Neben der bereits erwähnten über 25-jährigen Vorstandstätigkeit im VBMI war er vor dem Ersten Weltkrieg zusammen mit Gottlieb Lippart (19.10.1866-26.3.1930), dem Direktor von MAN und Mitstreiter Rieppels, „Vorsitzender im Verein deutscher Maschinenbau-Anstalten. Schon 1906 avancierte v. Borsig zum Ausschussmitglied im Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller, dessen stellvertretender Vorsitzender er im Jahre 1911 und dessen erster Vorsitzender er im Jahre 1920 wurde. Dieser Gesamtverband galt als die Seele des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände, in dessen Vorstand er Sitz und Stimme hatte“ (EBERT 1984, S. 298f.). Im Verein

Deutscher Arbeitgeberverbände wurde er im Februar 1922 „stellvertretender Vorsitzender, erhielt am 26. Februar 1925 den Vorsitz des Präsidiums und Vorstandes [...] Außerdem wurde er 1920 Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates, in dessen Sozialpolitischen Ausschuß er führend tätig war. Ferner gehörte er [...] zu den Gründungsmitgliedern der Zentralarbeitsgemeinschaft, wo er der Arbeitgeber-Vorsitzende während ihres gesamten Bestehens war. Weiterhin war er Mitglied des Präsidiums des Reichsverbandes der deutschen Industrie seit dessen Gründung. Nicht zuletzt sei seine Tätigkeit als Vorsitzender des 1925 gegründeten und 1930 aufgelösten Arbeitsausschusses für Berufsausbildung genannt“ (ebd., S. 299).

Im Hinblick auf die berufsbildungspolitischen Positionen, die der DATSCH erfolgreich bündelte und zur Geltung brachte, muss Ernst von Borsigs Vorstandstätigkeit in der Zentralarbeitsgemeinschaft und im Arbeitsausschuss für Berufsausbildung kurz beleuchtet werden: In der Anfangsphase der Weimarer Republik hat es den bemerkenswerten Versuch eines gleichberechtigten Zusammenwirkens von Kapital- und Arbeitervetretern in der „Zentralarbeitsgemeinschaft“ gegeben, die aber schon Anfang 1924 endgültig beendet wurde. Diese „Zentralarbeitsgemeinschaft“, in den Geschichtsbüchern als „Stinnes-Legien-Abkommen“ nachlesbar, war die politische Voraussetzung dafür, dass die wirtschaftlichen Grundstrukturen auch nach der Abdankung des Deutschen Kaisers am 9. November 1918 unangetastet blieben und jeder staatliche Eingriff in die private Organisation der Wirtschaft unterbunden wurde – umgekehrt waren damit die Gewerkschaften von den Unternehmern als berufene Vertreter der Arbeiterschaft anerkannt worden. Von den Unternehmern - insbesondere von Ernst von Borsig und Hugo Stinnes - war die „Zentralarbeitsgemeinschaft“ aus strategischen Erwägungen betrieben worden, nachdem noch während des Krieges wiederum Ernst von Borsig mehrere Vorschläge der Gewerkschaften - zuletzt noch im Frühjahr 1918 einen Antrag des Metallarbeiter-Verbandes - zur Bildung von Arbeitsgemeinschaften zurückgewiesen hatte. „Geben wir doch“ so hatte Hugo Stinnes im November 1918 geschrieben, „den Gewerkschaften ihre Anerkennung [...] was wir brauchen, ist eine Atempause, die unsere Arbeit ermöglicht, nachher wird sich alles von selbst regeln“ (zit. nach EBERT 1984, S. 267). Ebert beschreibt den letztlich erfolglosen Kampf der Gewerkschaften für eine tarifvertragliche Regelung des Lehrlingswesens in der „Zentralarbeitsgemeinschaft“ ausführlich (EBERT 1984, S. 266-281) und kommt zu dem Schluss, dass deren Mitarbeit „den Gewerkschaften nicht nur keine Vorteile gebracht [habe], sondern sogar einen Abbau der im November 1918 erzielten Rechte“ (EBERT 1984, S. 280).

Hatte Ernst von Borsig schon in der „Zentralarbeitsgemeinschaft“ gleichsam die Schlüsselrolle inne, so war es nur konsequent, dass er auch 1925 in dem von den industriellen Spitzenverbänden und dem DATSCH gegründeten „Arbeitsausschuß für Berufsausbildung“ (AfB) den Vorsitz übernahm und behielt, bis dieser sich 1930 auflöste (Vgl. MUTH 1985, S. 375-380). Mit der Gründung des AfB

entstand, wie Klaus Harney treffend formuliert, „ein gegen den gewerkschaftlichen Einfluß auf die Berufsbildungspolitik gerichtetes Zweckbündnis, dem sich (ab 1927) auch die Spitzenverbände des Handwerks anschlossen“ (HARNEY 1987, S. 84). Harney sieht in der Gründung des AfB eine „Umfraktionierung“ der berufsbildungspolitischen Lager: „An die Stelle der mit den Gewerkschaften geteilten Affinität zur Standardisierung und Verrechtlichung (zu der das Handwerk in Opposition stand) trat die mit dem Handwerk geteilte Bekämpfung gewerkschaftlicher Beteiligungsansprüche. Intern entstand mit dem AfB erstmals eine handwerklich-industrielle Kooperationsform, durch die die beschriebene asymmetrische Ausprägung univeraler Berufsstrukturen sich nicht mehr – wie im Kaiserreich – im öffentlichen Disput und in verbandlichen Legitimationsstrategien manifestierte, sondern prozessualisiert, d. h.: als auszuhandelndes Problem der Angleichung und Abgrenzung auf verbandlich-korporatistischer Grundlage umdefiniert werden konnte“ (HARNEY 1987, S. 84f.). Die im AfB erstmals erprobte „handwerklich-industrielle Kooperationsform“ ist in der neueren berufspädagogisch-historischen Forschung mehrfach kritisch gewürdigt worden; Friedhelm Schütte spricht anschaulich von einem „Schulterschuß zwischen Industrie und Handwerk“; damit „wurde eine Phalanx gegenüber den Reformern gebildet. Die alten Konflikte um die Bewertung der Industrielere wurden beiseite geschoben. Fortan sprach die Wirtschaft mehr oder weniger mit einer Stimme“ (SCHÜTTE 1995, S. 434); zunächst, möchte man hinzufügen, denn nach 1933 brach der Konflikt um die Zuständigkeiten im Ausbildungs- und Prüfungswesen wieder erneut auf.

7. Adolf Heilandt

Neben Anton von Rieppel und Ernst von Borsig, die hier stellvertretend für die berufsbildungspolitischen Positionen der Führungsriege des DATSCH kurz skizziert wurden, muss zumindest eine Person aus dem operativen Bereich genannt werden: Dr.-Ing. Adolf Heilandt (geb. 31. Juli 1872), von 1915-1940 Leiter des AEG-Ausbildungswesens in Berlin, „übernahm 1918 den Vorsitz in der Kommission für Lehrlingsausbildung im DATSCH und nach geringfügigen Modifikationen wurde der AEG-Lehrgang zum ersten DATSCH-Lehrgang für Maschinenbauer von 1919. Nach AEG-Vorbild wurden in den Folgejahren vor allem auch auf der Grundlage von Unterlagen aus Berliner Großbetrieben (Loewe, Siemens, Borsig, Fritz Werner, deren Ausbildungsleiter als verantwortliche Referenten in Unterausschüssen des DATSCH saßen) die Lehrgänge für weitere Berufe entwickelt“ (HANF 1987, S. 176; vgl. dazu auch EBERT 1984, S. 331; PLOGHAUS 2003, S. 236; WIEMANN 2002, S. 92).

Neben seiner von 1915 bis 1940 dauernden Tätigkeit als Werkschuldirektor und Ausbildungsleiter der AEG in Berlin wirkte Heilandt „ehrenamtlich in verschiedenen technisch-wissenschaftlichen Verbänden und Wirtschaftsorganisationen. So hatte er einerseits als Rationalisierungsfachmann die Funktionen

eines Obmanns im Zeichnungsausschuss des Normenausschusses der Industrie und 1. Obmann der Normenprüfstelle inne. Auf pädagogischem Gebiete andererseits gründete und leitete er den Reichsverein der Werkschulen, wirkte ab 1918 in zahlreichen Fachausschüssen des Deutschen Ausschusses für technisches Schulwesen, leitete in den zwanziger Jahren als Vorsitzender die Lehrlingskommission des Verbandes Berliner Metallindustrieller und war darüber hinaus Vorsitzender des Prüfungsausschusses für Maschinenschlosser in Berlin“ (EBERT 1984, S. 306f.).

Heilandt ist in der berufspädagogischen Literatur mehrfach gewürdigt worden; die Laudatio anlässlich seines 90. Geburtstages beginnt mit folgenden Sätzen: „Selten wohl hat das Wirken einer Persönlichkeit in weitesten Kreisen so starke Resonanz gefunden und in der Entwicklung und schöpferischen Gestaltung und Durchdringung eines Aufgabengebietes so maßgeblichen Einfluß auf eine jahrzehntelange planmäßige und erfolgreiche Aufbauarbeit nehmen können, wie es der Lebensarbeit Dr. Heilandts vor allem für die Ordnung und Förderung der deutschen Berufserziehungsarbeit beschieden war“ (GERICKE 1962, S. 74; vgl. auch KNAUF 1996).

Nicht nur bei der Lehrgangsentwicklung sondern auch bei der Ordnungsarbeit des DATSCH trat Heilandt als Pionier hervor: Sein Aufsatz „Berufsabgrenzung in Metallindustrie, Schiffbau und Chemischer Industrie“ (HEILANDT 1926) gilt als Beginn der ersten Phase der Berufsordnungsarbeit (HERKNER 2003, S. 183; BENNER 1987, S. 272), die Berufsordnung durch Identifizierung und Abgrenzung betrieb. An sie schloss sich in den 1930er Jahren eine zweite Phase der „Neuordnung der Berufe mit darin integrierter curricularer Arbeit“ (HERKNER 2003, S. 185) an. Beide Phasen der vertikalen und horizontalen Berufsdifferenzierung durch den DATSCH folgen einer Vorphase, die vor dem Ersten Weltkrieg lag und einerseits mit den 21 „Leitsätzen zur Facharbeiterausbildung in der mechanischen Industrie“, andererseits mit dem bereits erwähnten Vortrag in Verbindung gebracht wird, den von Rieppel am 22. November 1909 auf der zweiten Sitzung des DATSCH gehalten hat – in beiden Dokumenten wird - streckenweise wortgleich - eine dreistufige vertikale Differenzierung der Erwerbstätigkeiten vorgenommen. Von Rieppel unterschied:

- „1. handwerksmäßig, in längerer Lehrzeit ausgebildete ‘Gehülfen’,
2. ‘Arbeiter’, die eine bestimmte, sich dauernd wiederholende Verrichtung, z.B. Bedienung einer Maschine auszuführen haben. Für diese genügt meist eine kurze Unterweisung.
3. ‘Hülfсарbeiter’ ohne jede besondere Vorbildung“ (von RIEPPEL 1911, S. 146).

Die ebenfalls dreistufige Berufsabgrenzung von Heilandt unterscheidet „I. Facharbeiter“, „II. Angelernte Arbeiter“ und „III. Ungelernte Arbeiter“, wobei die „Facharbeiter“ sich in „A. Grundberufe“ und „B. Sonderberufe“ aufteilen. Heilandts vielzitierte Definition des „Facharbeiters“ sei hier ebenfalls wiedergegeben:

„Facharbeiter ist, wer in einer vier- oder mindestens dreijährigen Lehrzeit planmäßig in Werkstatt und Berufsschule für ein größeres in sich abgeschlossenes Arbeitsgebiet ausgebildet und damit befähigt ist, Arbeiten seines Berufes selbständig und fachgemäß nach Zeichnung oder Modell auszuführen. Die Ausbildung soll durch die Gesellenprüfung abgeschlossen sein“ (HEILANDT 1926, S. 5).

An dieser Stelle kann nun leider die unter Leitung von Heilandt durchgeführte Berufsordnungsarbeit nicht weiter vertieft werden – bemerkenswert ist jedoch der Arbeitsstil, den Heilandt in „nahezu 4 000 Betriebsbesichtigungen und mindestens ebenso vielen Fachausschußsitzungen“ geprägt haben soll: „In jahrelanger Wahrnehmung einer Vielzahl anstrengender Besichtigungsreisen und Regionalbesprechungen prägte er einen neuen, dem Leben und der Wirklichkeit verbundenen Stil der Berufsordnungsarbeit unter demokratischer Einschaltung Hunderter von Kommissionen erster Fachexperten“ (GERICKE 1962, S. 75; GERICKE 1972, S. 194).

8. DATSCH als bildungspolitischer „Bremser“: Gegen reichsgesetzliche Regelung des Lehrlingswesens und gegen Akademisierung der Gewerbelehrausbildung

Die vom DATSCH unter Federführung von Heilandt durchgeführten Berufsordnungsarbeiten waren - wenn man von der dem Reichsluftfahrtministerium unterstellten Berufsausbildung in der Luftwaffenrüstungsindustrie und deren eigener Lehrmittelzentrale als einem „exklusiven Berufsbildungs-Subsystem“ (KIPP 1998, S. 457) einmal absieht – gleichsam „flächendeckend“ im Deutschen Reich wirksam und hatten für erhebliche Teile der Betriebsbelegschaften tarif- und arbeitsrechtliche Konsequenzen: „Gerade in einer Zeit des weiter zunehmenden Einflusses gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Bewegungen wurde diese - im genannten Beispiel vertikale – Berufsordnung notwendig. Allerdings war man beim DATSCH nur bedingt bestrebt, auch die Rahmenbedingungen für die Facharbeiterausbildung juristisch zu ordnen und zu vereinheitlichen. Ein zu erarbeitendes Berufsausbildungsgesetz wurde zwar immer wieder diskutiert, weil es auf der tagespolitischen Agenda stand, doch oft verhielt sich der Deutsche Ausschuß einem solchen eher ablehnend gegenüber“ (HERKNER 2003, S. 179).

Die Position des DATSCH gegenüber einem Lehrlings- bzw. Berufsausbildungsgesetz war anfangs tendenziell aufgeschlossen, wandelte sich aber mit der Dauer dieser Diskussion zur Ablehnung: „Insbesondere nach der formalen Gleichstellung der industriellen Lehrlingsausbildung mit der handwerklichen konnte der DATSCH an weiteren Bemühungen um ein solches Gesetz - zumal dann, wenn es An- und Ungelernte miterfasst hätte - kaum noch interessiert sein. So spiegeln die rund 20 Jahre dauernden Auseinandersetzungen die auch im DATSCH vorzufindenden differenzierten Interessenlagen

wider, die bei diesem berufsbildungspolitischen Ringen um Machtstellungen eine wichtige Rolle spielten“ (HERKNER 2003, S. 269).

Die Position des DATSCH zur Gewerbelehrausbildung war indessen durchgehend stabil: Einerseits wurde eine ausreichende Berufs- und Betriebspraxis als unbedingte Voraussetzung gefordert und andererseits wurde eine Akademisierung der Ausbildung beharrlich abgelehnt.

Der Versuch einer Bündelung der wesentlichen Positionen des DATSCH am Schluss dieses Kapitels kann die von ihm eingeleiteten und vorgebrachten Berufsordnungs- und Systemisierungsarbeiten, das „Konstrukt des Berufs ´standardisiert´, theoretisiert sowie verwissenschaftlicht und dadurch auch verrechtlicht zu haben“ (HERKNER 2003, S. 415) als wesentliches Verdienst des DATSCH verbuchen, dem freilich gleichsam als Negativ-Posten eine struktur-konservative Grundhaltung gegenübersteht, die sich zum einen in der Vereitelung eines Lehrlings- bzw. Berufsausbildungsgesetzes äußert und zum anderen in einer durchgängigen Politik der Bildungsbegrenzung – und zwar sowohl für die Berufsschullehrer wie für die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter.

III. Wirkungen

1. Vom DATSCH zum ZIB und zum BIBB

„Nach 1945 wurde der DATSCH nicht weitergeführt“ (Gericke 1973, S. 108) – mit dieser nur teilweise zutreffenden Aussage beendet Werner Gericke, der in den 1930er Jahren zahlreiche Beiträge zur „Technischen Erziehung“ beisteuerte und damit die Arbeiten des DATSCH tatkräftig unterstützt hat, seinen halbseitigen Wörterbuchartikel über den DATSCH. Einen Hinweis darauf, dass nach 1945 die „Arbeitsstelle für Betriebliche Berufsausbildung“, (die in diesem Wörterbuch nur knapp vorgestellt wird, S. 176), die Arbeiten des DATSCH fortgeführt hat, findet man in diesem Nachschlagewerk leider nicht; dass über die entsprechende Fortführung der Ordnungsarbeit in der DDR nicht berichtet wird, überrascht dann nicht mehr.

Dabei ist es völlig unstrittig, dass in beiden deutschen Staaten an die Arbeiten des DATSCH angeknüpft wurde – die ABB in Bonn hat ihre Veröffentlichungen lange Zeit auf der Titelseite mit dem Zusatz versehen: „Erarbeitet vom ehemaligen Reichsinstitut für Berufsausbildung in Handel und Gewerbe“.

Volkmar Herkner weist darauf hin, dass es zeitweise sogar eine Zusammenarbeit zwischen den Experten in Ostzone mit denen in der Westzone gab: Bruno Ziesler, der am 1. April 1947 die Leitung

des ostzonalen Instituts für Berufsausbildung e.V. in Berlin übernommen hatte, berichtet darüber, dass der Lehrgang für den Bergbau „in loyaler Abstimmung mit den dafür zuständigen Stellen in der Westzone“ (HERKNER 2003, S. 357) herausgebracht worden sei. Die Entwicklung dieses ostzonalen „Instituts“ bis zum „Zentralinstitut für Berufsbildung der Deutschen Demokratischen Republik“ (ZIB) kann hier ebensowenig nachgezeichnet werden, wie der Entwicklungsgang, der vom DATSCH über die „Arbeitsstellen“ schließlich 1970 zum „Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung“ (BBF) und dann endlich zum „Bundesinstitut für Berufsbildung“ (BIBB) führte; dazu sei auf die Arbeit von Volkmar Herkner verwiesen, die einen ersten Abriss dieser Institutionengeschichte liefert (vgl. HERKNER 2003, S. 351-380) und auch die Ordnungsarbeiten und ihre jeweiligen „Anknüpfungen“ an die DATSCH-Vorarbeiten untersucht (HERKNER 2003, S. 380-413).

2. Vom DATSCH zur ABB: Personelle Kontinuität

Interessante Kontinuitäten zeigen sich, wenn man die personelle Besetzung der westzonalen Nachfolge-Einrichtungen des DATSCH näher in den Blick nimmt. Zunächst der institutionelle Entwicklungsprozess - der zeitlich mit der ostzonalen Instituts-Installation zusammenfällt - in Stichworten: die 1947 gegründete „Arbeitsstelle für gewerbliche Berufserziehung“ in Dortmund wurde 1951 in Bonn mit der ebenfalls 1947 in München geschaffenen „Arbeitsstelle für kaufmännische Berufserziehung“ des Deutschen Industrie- und Handelstages zusammengelegt. Als Träger dieser Arbeitsstelle traten zwei Jahre später BDI und BDA hinzu, und zugleich wurde diese Arbeitsstelle umbenannt in „Arbeitsstelle für betriebliche Berufsausbildung“ (ABB).

3. Adolf Kieslinger (23.4.1900-25.2.1993)

Leiter der Münchener Arbeitsstelle wurde Dr. Adolf Kieslinger, der 1938 in der „Technischen Erziehung“ einen Beitrag über „Berufsausbildung und Arbeitseinsatz“ (KIESLINGER 1938) veröffentlicht hatte. Kieslinger war zunächst als Mitarbeiter der Reichsarbeitsverwaltung auf den Gebieten Berufsberatung und Arbeitsmarktpolitik tätig. Von 1937 bis zum Kriegsende war er Leiter des Referats „Berufsausbildung“ in der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern in der Reichswirtschaftskammer. Von 1945 bis 1949 leitete er die Abteilung „Berufsausbildung“ bei der IHK München, von 1950-1965 leitete er die Abteilung „Berufsausbildung“ beim Deutschen Industrie- und Handelstag. Außerdem war er langjähriges Vorstandsmitglied des Deutschen Verbandes für das kaufmännische Bildungswesen, der Deutschen Gesellschaft für gewerblich-technisches Bildungswesen und des Europäischen Instituts für Berufsbildung. Über mehrere Jahrzehnte hinweg besaß er in diesen Ämtern und als Herausgeber und Schriftleiter der von ihm begründeten Monatsschriften „Wirtschaft und

Berufs-Erziehung“ und „Der Ausbilder“ erheblichen berufsbildungspolitischen Einfluss (vgl. dazu KIPP 1991). Rolf Raddatz, charakterisiert als Redakteur die Zeitschrift „Wirtschaft und Berufserziehung“ folgendermaßen: „Der Leitgedanke ‚Berufsausbildung als Selbstverwaltungsaufgabe der Wirtschaft‘ bestimmt bis heute die ordnungspolitische Haltung der Zeitschrift“ (RADDATZ 1994, S. 288). Wiewohl diese Zeitschrift den Zusatztitel „Monatsschrift für Berufsausbildung in Industrie und Handel“ trägt, lässt Raddatz nur eine „Nähe zur Arbeit der Industrie- und Handelskammern“ gelten und legt Wert auf die Feststellung: „Die Zeitschrift ist allerdings nie Organ des Deutschen Industrie- und Handelstages als der Dachorganisation der Industrie- und Handelskammern gewesen. Die Bindung bestand ausschließlich über die Person des Begründers und Herausgebers, Dr. Adolf Kieslinger“ (RADDATZ 1994, S. 286).

4. Johannes (Hans) Riedel (4.1.1889-1.8.1971)

Leiter der Dortmunder Arbeitsstelle wurde Dr.-Ing. Johannes (Hans) Riedel, der zwischen 1928 und 1940 in den DATSCH-Zeitschriften „Technische Erziehung“ und „Berufsausbildung in Handel und Gewerbe“ sechs Beiträge veröffentlicht hatte (RIEDEL 1928; RIEDEL 1930; RIEDEL 1931; RIEDEL 1938; RIEDEL 1939; RIEDEL 1940). Johannes Riedel hat als arbeitswissenschaftlich qualifizierter Ingenieur mit arbeitspädagogischer Mission, die ihn schließlich zum Nestor der deutsche Arbeitspädagogik werden liess, ein ungewöhnlich breites berufliches Tätigkeitsfeld abgedeckt (Vgl. KIPP 1978) und war als Freier Mitarbeiter, Leiter von Arbeitsausschüssen, Berater und Vortragsredner parallel in verschiedenen Institutionen tätig: Beim DINTA und seiner Nachfolgeinstitution, dem Amt für Berufserziehung und Betriebsführung der Deutschen Arbeitsfront, als Abteilungsleiter im Arbeitswissenschaftlichen Institut der DAF, als Sachbearbeiter für Berufserziehungs- und Bildungsfragen in der Wirtschaftskammer Sachsen und in der Reichswirtschaftskammer und schließlich als Mitglied der Geschäftsführung der Reichsgruppe Industrie und Sonderbeauftragter für arbeitspädagogische Beratung, Industrielle Leistungspflege, Lehrmeisterausbildung und Werkmeisterfragen. Nach seiner Entlassung aus russischer Kriegsgefangenschaft nimmt er am 11. Dezember 1946 an der Tagung in Hahnenklees zur Wiedergründung des REFA teil, bevor er von Ostern 1947 bis Ostern 1948 die Leitung der Dortmunder Arbeitsstelle übernimmt. Danach arbeitet er als Ausbildungsberater in der IHK Braunschweig, ist Vorsitzender des REFA-Bezirksverbandes Braunschweig und gründet am 4. Dezember 1948 zusammen mit Hans-Christoph Seebohm, dem damaligen Präsidenten der IHK Braunschweig und späteren Bundesminister für Verkehr, die Deutsche Gesellschaft für gewerbliches Bildungswesen, deren Zeitschrift „Archiv für Berufsbildung“ er von 1949-1961 als Schriftleiter betreut. Zum Sommersemester 1949 wird er als Professor für Berufspädagogik an

die Universität Hamburg berufen, wo er bis zu seiner Emeritierung im Sommersemester 1956 tätig ist (vgl. dazu KIPP 1978, S. 15-18).

5. Erwin Krause (7.4.1908-26.11.1978)

Nachfolger Riedels in der Leitung der Dortmunder Arbeitsstelle wurde Ostern 1948 Erwin Krause, der 1938 in der „Technischen Erziehung“ zwei Beiträge veröffentlichte (KRAUSE 1938a; KRAUSE 1938b) und in den Folgejahren bis 1944 in „Berufsausbildung in Handel und Gewerbe“ nochmals sechs (KRAUSE 1939a; KRAUSE 1939b; KRAUSE 1941a; KRAUSE 1941b; KRAUSE 1942; KRAUSE 1944). Erwin Krause arbeitete nach seiner Promotion zum Dr.-Ing. 1934 in der Chemisch-Technischen Reichsanstalt und in der Eignungspsychologischen Untersuchungsstelle der Berliner Berufsberatung, bevor er 1936 ins Reichsluftfahrtministerium wechselte, wo er bis zum Kriegsende für Planung, Aufbau und Entwicklung des Ausbildungswesens der Luftwaffenrüstungsindustrie verantwortlich war (vgl. dazu KIPP 1980). Von Ostern 1948 bis zur Auflösung (durch das Berufsbildungsgesetz vom 14. August 1969 wurden die Aufgaben der ABB übertragen auf das neu errichtete Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung in Berlin) 1970 leitete Krause die ABB in Bonn; danach war er vom 26.10.1970 bis 1973 Geschäftsführer des neu gegründeten Kuratoriums der deutschen Wirtschaft für Berufsbildung. Erwin Krause hat sich außerdem auch als Hochschullehrer betätigt: Von 1955-1957 Lehrbeauftragter für Berufspädagogik an der Universität Bonn, von 1962-1969 Lehrbeauftragter, seit 1969 Honorarprofessor für Industripädagogik an der Technischen Hochschule Aachen. 1973 wurde er mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse ausgezeichnet (vgl. dazu KIPP/MILLER-KIPP 1984).

6. Bilanzierungsversuch

Es sind wahrhaftig nicht seltene Kontinuitäts-Knotenpunkte, dass Männer wie Kieslinger, Riedel und Krause im Jahre 1938 in der DATSCH-Zeitschrift „Technische Erziehung“ publizieren und ein Jahrzehnt danach – nachdem ihr beharrlicher Einsatz für den Endsieg der deutschen Wehrmacht unter der Übermacht der Alliierten Siegermächte zusammengebrochen war – als „Männer der ersten Stunde“ in der Wiederaufbauphase der Bundesrepublik Deutschland die Berufsordnungsarbeit an herausragender Stelle zu ihrer Sache machten.

Ihre kontinuierlichen Nachkriegskarrieren - Kieslinger außerdem noch im Stifterverband der deutschen Wissenschaft - und auch ihre Publikationen, die sie in der Nachkriegszeit vorgelegt haben, sprechen sehr viel überzeugender für restauratives Denken als für innovative oder gar emanzipatorische Ideen (vgl.

dazu KIPP 1978; KIPP-MILLER-KIPP 1984). Insofern haben sie eher im Sinne des DATSCH, mit dem sie aufwuchsen und durch dessen „Schule“ sie gegangen waren, weiter gewirkt.

Erfreulich zu dieser 100-Jahr-Feier ist indessen, dass wir inzwischen – wenn auch mit 50-jähriger Verspätung – ein Berufsbildungsgesetz haben, dass die Gewerkschaften in die Berufsordnungsarbeit des BIBB einbezogen sind und dass die sozialkonservative Politik der Bildungsbegrenzung, die der DATSCH wirksam (mit)betrieb, inzwischen zur Geschichte gehört. Durch den „Zweiten Bildungsweg“ und diverse Annäherungen von „Allgemeiner“ und „Beruflicher“ Bildung wird inzwischen auch im Bereich des deutschen „Berechtigungswesens“ eine demokratische Berufsbildungspolitik nicht nur proklamiert sondern auch praktiziert. Berufliche Abschlüsse bilden die Grundlage der Durchlässigkeit bis zum Hochschulstudium. Wenngleich der damit verbundene persönliche Aufwand immer noch groß ist, sind doch die früher undurchdringlichen Bildungsbarrieren für berufstätige Jugendliche und Erwachsene weitgehend beseitigt.

Angesichts dieser Bilanz stellt sich abschließend die hypothetische Frage, wo wir heute berufsbildungspolitisch wohl stünden, wenn bereits in der Frühphase der Weimarer Republik die 1919 auf dem Nürnberger Gewerkschaftskongress vorgeschlagene „Regelung des Lehrlingswesens“ zur berufsbildungspolitischen Leitlinie gesetzt worden wäre. Um die Differenz zur realen deutschen Berufsbildungsgeschichte, die der DATSCH ja maßgeblich mit gestaltete, anzudeuten, sei zum Schluss auf die seinerzeitige Grundsatzerklärung verwiesen, die bis heute nicht eingelöst werden konnte: „Jeder mit der Absicht auf Dauertätigkeit in einen Beruf, einen Berufszweig oder in einen Betrieb eintretende jugendliche Arbeiter männlichen und weiblichen Geschlechts – ist [...] grundsätzlich und praktisch als Lehrling zu behandeln“ (CORRESPONDENZBLATT 1919, S. 323). Er sei „planmäßig in einer geordneten Lehrzeit auszubilden“; seine praktische Ausbildung sei „durch theoretische Fachbildung zu ergänzen und zu vertiefen“. Anstatt auf den dieser Präambel folgenden, einer modernen Industriegesellschaft angemessenen Vorschlag einzugehen und gleichsam auf der frühen Kooperationslinie der „Zentralarbeitsgemeinschaft“ zu bleiben, schwenkte der DATSCH an die Seite der republikfeindlichen Kräfte und stärkte mit dem „Arbeitsausschuß für Berufsbildung“ die Phalanx gegen die Reformer.

Literatur

ARNHOLD, K.: Die Lehrwerkstätte. Planung, Errichtung und Führung. Berlin 1937

BENNER, H.: Arbeiten zur Ordnung der Berufsausbildung vom DATSCH bis zum BIBB. In:

GREINERT, W.-D. u.a. (Hrsg.): Berufsausbildung und Industrie. Zur Herausbildung industrietypischer Lehrlingsausbildung. Kongreßbericht (Tagungen und Expertengespräche zur beruflichen Bildung, Heft 6). Berlin/Bonn 1987, S. 269-293

BERG, C.; HERRMANN, U.: Industriegesellschaft und Kulturkrise. In: BERG, C. (Hrsg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. IV: 1870-1918. Von der Reichsgründung bis zum Ende des Ersten Weltkrieges. München 1991, S. 1-56

BORSIG, E. v.: Zur Jahreswende. In: Technische Erziehung 2 (1927), S. 1

BÜCHER, K.: Die gewerbliche Bildungsfrage und der industrielle Rückgang, Eisenach 1877

BÜCHER, K.: Gutachten über das gewerbliche Bildungswesen, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik (Hrsg.) Sieben Gutachten und Berichte, Leipzig 1879, S. 139-154

BÜCHTER, K.; KIPP, M.: Werkzeugzeugen als Erziehungsinstrumente in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik 98 (2002), S. 225-244

CORRESPONDENZBLATT DER GENERALKOMMISSION DER GEWERKSCHAFTEN DEUTSCHLANDS 29 (12. Juli 1919) Nr. 28, S. 323-325

DATSCH (Hrsg.): Arbeiten auf dem Gebiete des technischen Mittelschulwesens (Abhandlungen und Berichte über technisches Schulwesen, Bd. I). Berlin 1910

DATSCH (Hrsg.): Arbeiten auf dem Gebiete des technischen Mittelschulwesens (Abhandlungen und Berichte über technisches Schulwesen, Bd. II). Berlin 1911

DATSCH (Hrsg.): Arbeiten auf dem Gebiete des technischen niederen Schulwesens (Abhandlungen und Berichte über technisches Schulwesen, Bd. III). Berlin 1912a

DATSCH (Hrsg.): Arbeiten auf dem Gebiete des technischen Hochschulwesens (Abhandlungen und Berichte über technisches Schulwesen, Bd. IV). Berlin 1912b

DATSCH (Hrsg.): Arbeiten auf dem Gebiete des technischen Hochschulwesens (Abhandlungen und Berichte über technisches Schulwesen, Bd. V). Berlin 1914

DATSCH (Hrsg.): Die Lehrlingsausbildung in der mechanischen Industrie (Abhandlungen und Berichte über technisches Schulwesen, Bd. VI). Berlin 1919

DATSCH (Hrsg.): Lehrlings-Ausbildung und technisches Berufsschulwesen. Beiträge zu den Fragen der Lehrlingsausbildung und des Berufsschulwesens. Berlin 1921

DATSCH: Lehrlingsausbildung als Erziehungsaufgabe. In: Technische Erziehung 10 (1935), S. 121 f.

DATSCH: Deutscher Ausschuß für Technisches Schulwesen (DATSCH) e.V. Ein kurzer Überblick über seine Aufgaben und Arbeiten. Berlin 1937 (a)

DATSCH: Aus der Praxis des technisch-wirtschaftlichen Ausbildungswesens (Beilage zur Technischen Erziehung). Leipzig/Berlin 1937 (b)

DATSCH: 30 Jahre Deutscher Ausschuß für Technisches Schulwesen (DATSCH) e.V. In: Technische Erziehung 13 (1938), S. 73 f.

DER REICHSORGANISATIONSLEITER DER NSDAP (Hrsg.): Die Berufserziehung in der Deutschen Arbeitsfront. Leistungsbericht des Amtes für Berufserziehung und Betriebsführung für das Jahr 1937. o. O., o. J. [Berlin 1938]

DER REICHSORGANISATIONSLEITER DER NSDAP (Hrsg.): Anlerngang Hilfsschlosser (Die Deutsche Arbeitsfront - Schriftenreihe für die Durchführung kurzfristiger Anlernung; verantwortlich und bearbeitet: Amt für Berufserziehung und Betriebsführung in der DAF; Nr. 788 / 1940). Berlin 1940

DEUTSCHER HANDWERKS- UND GEWERBEKAMMERTAG / REICHSV ERBAND DES DEUTSCHEN HANDWERKS: Zur gemeinsamen Arbeit! In: Technische Erziehung 2 (1927), S. 89

EBERT, R.: Zur Entstehung der Kategorie Facharbeiter als Problem der Erziehungswissenschaft. Historische Studie zur Berufspädagogik (Wissenschaftliche Reihe, Bd. 26). Bielefeld 1984

FROELICH, F.: Das Lehrlingswesen in der Industrie. In: Technik und Wirtschaft 4 (1911), S. 552-554

GEORG, W./KUNZE, A.: Sozialgeschichte der Berufserziehung. Eine Einführung. München 1981

GERICKE, W.: Adolf Heilandt 90 Jahre alt. In: Archiv für Berufsbildung. Jahrbuch 1962 der Deutschen Gesellschaft für gewerbliches Bildungswesen. Braunschweig 1962, S. 74-76 (Als Autor war versehentlich – was ein Jahr später korrigiert wurde – Johannes Riedel angegeben)

GERICKE, W.: Dr.-Ing. Adolf Heilandt – 100 Jahre. In: Wirtschaft und Berufs-Erziehung 24 (1972) 7, S. 193-195

GREINERT, W.-D.: Das „deutsche System“ swe Berufsausbildung. Tradition, Organisation, Funktion. 3. überarb. Aufl. Baden-Baden 1998

GURLAND, A. R. L.: Wirtschaft und Gesellschaft im Übergang zum Zeitalter der Industrie. : MANN, G. (Hrsg.): Propyläen Weltgeschichte, Bd. 8. Frankfurt am Main/Berlin 1960, S. 279-336

HANF, G.: Berufsausbildung in Berliner Großbetrieben (1900-1920). Von der ökonomischen Rationalisierung zur wissenschaftlichen Rationalität. In: GREINERT, W.-D. u.a. (Hrsg.): Berufsausbildung und Industrie. Zur Herausbildung industrietypischer Lehrlingsausbildung. Kongreßbericht (Tagungen und Expertengespräche zur beruflichen Bildung, Heft 6). Berlin/Bonn 1987, S. 157-187

HEILANDT, A.: Berufsabgrenzung in Metallindustrie, Schiffbau und Chemischer Industrie. In: Technische Erziehung 1 (1926), 1, S. 4-7

HERKNER, V.: Deutscher Ausschuß für Technisches Schulwesen. Untersuchungen unter besonderer Berücksichtigung metalltechnischer Berufe (Studien zur Berufspädagogik, Bd. 7). Hamburg 2003

KAROW, W.: Geschichte der gewerblichen Berufsschule in Berlin. In: KAROW, W. u.a. (Hrsg.): Berliner Berufsschulgeschichte. Von den Ursprüngen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Berlin 1993, S. 1-280

KERSCHENSTEINER, G.: Staatsbürgerliche Erziehung der deutschen Jugend. Gekrönte Preisschrift. Erfurt 1901 (10. neubearbeitete Auflage Erfurt 1931)

KIESLINGER, A.: Berufsausbildung und Arbeitseinsatz. In: Technische Erziehung 13 (1938), S. 289-292

KIPP, M.: Zentrale Steuerung und planmäßige Durchführung der Berufserziehung in der Luftwaffenrüstungsindustrie des Dritten Reiches. In: HEINEMANN, M. (Hrsg.): Erziehung und Schulung im Dritten Reich. Teil 1: Kindergarten, Schule, Jugend, Berufserziehung (Veröffentlichungen der Historischen Kommission der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft, Bd. 4.1). Stuttgart 1980, S. 310-333

KIPP, M.: Arbeitspädagogik in Deutschland: Johannes Riedel. Hannover 1978

KIPP, M.; MILLER-KIPP, G.: Kontinuierliche Karrieren – diskontinuierliches Denken? Entwicklungslinien der pädagogischen Wissenschaftsgeschichte am Beispiel der Berufs- und Wirtschaftspädagogik nach 1945. In: Zeitschrift für Pädagogik 40 (1984), S. 727-744

KIPP, M.; MANZ, W.: Arbeit und Gehorsam. Berufspädagogische Beiträge zur Sozialgeschichte der Arbeit in Deutschland. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik 81 (1985), S. 195-209

KIPP, M.: „Perfektionierung“ der industriellen Berufsausbildung im Dritten Reich. In: GREINERT, W.-D. u.a. (Hrsg.): Berufsausbildung und Industrie. Zur Herausbildung industrietypischer Lehrlingsausbildung. Kongreßbericht (Tagungen und Expertengespräche zur beruflichen Bildung, Heft 6). Berlin/Bonn 1987, S. 213-266

KIPP, M.: Betriebliche Berufserziehung im Nationalsozialismus und Bilanz zum Forschungsstand in ausgewählten „Sondergebieten“. In: BERG, C.; ELLGER-RÜTTGARDT, S. (Hrsg.): „Du bist nichts. Dein Volk ist alles“. Forschungen zum Verhältnis von Pädagogik und Nationalsozialismus. Weinheim 1991, S. 132-158

KIPP, M.: Gestaltungsorientierte Berufserziehung im Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Modernisierungsgeschichte der technisch-industriellen Berufserziehung. In: SCHÜTTE, F.; UHE, E. (Hrsg.): Die Modernität des Unmodernen. Das 'deutsche System' der Berufsausbildung zwischen Krise und Akzeptanz. Festschrift für Wolf-Dietrich Greinert zum 60. Geburtstag. Berlin 1998, S. 449-464

KIPP, M.: Die Lehrwerkstatt – Zeitschrift für betriebliche Berufserziehung in Industrie und Handwerk (1938-1944). Notizen zu einer betriebspädagogischen Zeitschrift aus der Expansionsphase des Lehrwerkstättenwesens. In: BÜCHTER, K.; KIPP, M. (Hrsg.): Berufspädagogisch-historische Medienanalyse. Bilder, Fotos, Filme, Berufsordnungsmittel, Lehrgänge, Zeitschriften und Werkbibliotheken (Beiträge zur Berufs- und Wirtschaftspädagogik, Bd. 21). Oldenburg 2007, S. 57-103

KNAUF, H.: Dr.-Ing. Adolf Heilandt. In: AEG (Hrsg.): 100 Jahre Berufsausbildung in der AEG. Ein Beitrag zur Geschichte der betrieblichen Berufsausbildung in Deutschland. Berlin/Frankfurt am Main 1996, S. 17-33

KRAUSE, E.: Ausbildungspersonal für die industrielle Berufsausbildung und -erziehung. In: Technische Erziehung 13 (1938), S.17-19 (a)

KRAUSE, E.: Fliegertechnischer Nachwuchs. In: Technische Erziehung 13 (1938), S. 167-174 (b)

- KRAUSE, E.: Berufserziehung in der Luftfahrtindustrie. In: Berufsausbildung in Handel und Gewerbe 14 (1939), S. 42-46 (a)
- KRAUSE, E.: Zur Berufskunde des Metallflugzeugbauers. In: Berufsausbildung in Handel und Gewerbe 14 (1939), S. 271-277 (b)
- KRAUSE, E.: Reichseinheitliche Facharbeiterprüfungen in der Luftfahrtindustrie. In: Berufsausbildung in Handel und Gewerbe 16 (1941), S. 2-9 (a)
- KRAUSE, E.: Die Berufserzieherschule des RLM-B.f.L. in Lübeck. In: Berufsausbildung in Handel und Gewerbe 16 (1941), S. 278-280 (b)
- KRAUSE, E.: Die Werkmeisterfrage in der Luftfahrtindustrie. In: Berufsausbildung in Handel und Gewerbe 17 (1942), S. 69-73
- KRAUSE, E.: Die heutigen Ziele der Jugendlichen-Ausbildung. In: Berufsausbildung in Handel und Gewerbe 19 (1944), S. 33-35
- KUNZ: Technische Erziehung als deutsche Erziehung. In: Technische Erziehung 10 (1935), S. 121-123
- KUNZE, A.: Berufsausbildung und Historische Bildungsforschung: Ein Programm. In: IZEBF Nr. 15/16 (1981), S. 217-263 (a)
- KUNZE, A. (Hrsg.): Die Arbeiterjugend und die Entstehung der unternehmensbetrieblichen Arbeiterausbildung. Fünf Schriften, 1877-1944. Vaduz/Liechtenstein 1981 (b)
- LANGE, H.: Das Verhältnis von Pädagogik und Politik in historisch-systematischer Perspektive. In: GEISLER, K. A. u.a. (Hrsg.): Von der staatsbürgerlichen Erziehung zur politischen Bildung (1901-1991). 90 Jahre Preisschrift Georg Kerschensteiner. 3. Berufspädagogisch-historischer Kongreß (Tagungen und Expertengespräche zur beruflichen Bildung, Heft 13). Berlin 1992, S. 41-75
- LIPPART, G.: Die Ausbildung des Lehrlings in der Werkstatt. In: Technik und Wirtschaft 5 (1912), S. 501-518
- LIPPART, G.: Die zukünftigen Erfordernisse der Lehrlingsausbildung in der mechanischen Industrie. In: Technik und Wirtschaft 11 (1918), S. 340-350
- MUTH, W.: Berufsausbildung in der Weimarer Republik. Stuttgart 1985
- MUTH, W.: Die Herausbildung eigenständiger Berufsausbildungsstrukturen der Industrie in der Weimarer Republik. In: GREINERT, W.-D. u.a. (Hrsg.): Berufsausbildung und Industrie. Zur Herausbildung industrietypischer Lehrlingsausbildung. Kongreßbericht (Tagungen und Expertengespräche zur beruflichen Bildung, Heft 6). Berlin/Bonn 1987, S. 191-209
- Osthold, P.: Der Kampf um die Seele unseres Arbeiters. Düsseldorf 1926
- PÄTZOLD, G. (Hrsg.): Quellen und Dokumente zur betrieblichen Berufsbildung 1918-1945. Köln/Wien 1980
- PLOGHAUS, G.: Die Lehrgangsmethode in der berufspraktischen Ausbildung. Genese, internationale Verbreitung und Weiterentwicklung. Bonn 2003

- PRELLER, L.: Sozialpolitik in der Weimarer Republik. Stuttgart 1949
- RADDATZ, R.: „Wirtschaft und Berufs-Erziehung“. In: STRATMANN, K. (Hrsg.): Berufs- und wirtschaftspädagogische Zeitschriften. Aufsätze zu ihrer Analyse. Frankfurt am Main 1994, S. 285-304
- RIEDEL, H.: Die allgemeine Arbeitsschulung in der technischen Ausbildung. In: Technische Erziehung 3 (1928), S. 83-86
- RIEDEL, H.: „Menschentechnik“ im technischen Bildungswesen. In: Technische Erziehung 5 (1930), S. 64f.
- RIEDEL, H.: Arbeitsdienst und Berufserziehung. In: Technische Erziehung 6 (1931), S. 79f.
- RIEDEL, H.: Die Meisterfrage in der Industrie. In: Technische Erziehung 13 (1938), S. 159-161
- RIEDEL, H.: Die Lehrmeisterfrage in der Industrie (Vortrag auf der Sitzung des Arbeitsausschusses für Lehrmeisterfragen am 25. Mai 1939). In: Berufsausbildung in Handel und Gewerbe 14 (1939), S. 207-215
- RIEDEL, H.: Der Stand der Meisterfrage in der Industrie. In: Berufsausbildung in Handel und Gewerbe 15 (1940), S. 441-446
- RIEPPPEL, A. v.: Lehrlingsausbildung und Fabrikschulen. In: Technik und Wirtschaft 4 (1911), S. 146-154
- RIEPPPEL, A. v.: Die Erziehung des Industriearbeiters. In: Technik und Wirtschaft 6 (1913), S. 421-447
- SCHACHT, H.: Über Sinn und Ordnung der Lehrlingserziehung. In: Technische Erziehung 12 (1937), S. 47-49
- SCHEVEN, P.: Die Lehrwerkstatt. Technik und qualifizierte Handarbeit in ihren Wechselwirkungen durch die Reform der Lehre. Tübingen 1894
- SCHÜTTE, F.: Die einseitige Modernisierung. Technische Berufserziehung 1918-1933. In: Zeitschrift für Pädagogik 41 (1995) 3, S. 429-447
- SCHÜTTE, F.: Facharbeitermangel und Berufserziehungspolitik 1933-1936. Die Ausbildungspolitik der Großindustrie und ihre Konflikte mit der Reichsregierung: Hintergründe, Maßnahmen, Ergebnisse. In: Historische Kommission der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (Hrsg.): Jahrbuch für Historische Bildungsforschung, Bd. 4. Weinheim und München 1998, S. 267-295
- SEUBERT, R.: Berufserziehung und Nationalsozialismus. Das berufspädagogische Erbe und seine Betreuer. Weinheim/Basel 1977
- SEUBERT, R.: „Betr.: Nichtarier im Lehrlings- und Prüfungswesen“. In: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik 84 (1998), S. 609-622
- SEUBERT, R.: Werkschule. In: KAISER, F.-J./PÄTZOLD, G. (Hrsg.): Wörterbuch der Berufs- und Wirtschaftspädagogik, Bad Heilbrunn/Hamburg 1999, S. 386-388

STRATMANN, K.: Betriebliche Berufsausbildung. In: BERG, C. (Hrsg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Bd. IV: 1870-1918. München 1991, S. 371-380

WIEMANN, G.: Didaktische Modelle beruflichen Lernens im Wandel. Vom Lehrgang zur kunden- und produktionsorientierten Lernorganisation. Bonn 2002

WOLSING, T.: Untersuchungen zur Berufsausbildung im Dritten Reich. Kastellaun/Düsseldorf 1977